

Die letzte Schlacht

Weil die Lage in Afghanistan immer weniger durchschaubar wird, möchte US-Präsident Obama mit moderaten Taliban verhandeln - Worte eines Kriegsherrn, der nicht mehr an den Sieg glaubt? Am Ende könnte das Scheitern der größten Staatenkoalition stehen, die es jemals gab.

Von Ullrich Fichtner, DER SPIEGEL, 16.3.2009

Auf der Roten Brücke am Roten Fluss, gesichert durch Wachtürme zu beiden Seiten, lässt Mohammed Halim Fidai seinen Konvoi halten für einen kurzen, demonstrativen Spaziergang durch Feindesland 50 Kilometer westlich von Kabul. Weit vorn stellen sich seine drei Toyota-Pick-ups mit den aufmontierten Maschinengewehren quer und blockieren Highway One, hinten rangieren drei weitere Toyotas in verschneiter Landschaft. Polizisten mit Gewehren im Anschlag schwärmen aus, sie schaffen einen Kordon um Fidai, er ist der Gouverneur der Provinz Wardak, Zentralafghanistan, er geht herum in dünnen Schuhen, die sich dunkel färben vom Schneematsch, und sagt: "Sehen Sie, ich gehe, wohin ich will, ich kann mich hier überall problemlos bewegen. Das Gerede von den Taliban, die alles kontrollieren, ist Unfug."

Fidai fährt aus, um einen Mekka-Pilger im Dorf Badam zu besuchen. Es geht bald abseits des Highway über vereiste Schotterpisten und marode Brücken, der Marktflecken liegt zersiedelt im Bezirk Nirkh und ist oft beschrieben worden als eine Hochburg der Taliban. Es soll derer viele geben in Fidais Provinz, sechs der acht Bezirke in Wardak stehen angeblich unter ihrer Kontrolle. Lehmhäuser sind in die weite Hochebene gewürfelt, Bauernhöfe, Hütten, Scheunen. Die Berge füllen den Horizont aus wie eine Wand, Ausläufer des Hindukusch, vier-, fünftausend Meter hoch und ihre Gipfel so zahlreich, dass die meisten keinen Namen haben.

Das Haus des heimgekehrten Pilgers in Badam wird von Menschen belagert; Nachbarn, Freunden, die zum Gratulieren gekommen sind. Sie trinken aus kleinen Gläsern Wasser aus dem heiligen Land, nehmen Geschenke des Pilgers in Empfang. Kinder stehen barfuß im Schnee, Männer ziehen sich Turbanschals gegen die Kälte vors Gesicht. Der Konvoi des Gouverneurs wird lächelnd empfangen. Es gibt Tee und gute Worte, man umarmt sich, und Fidai nickt beifällig herüber, und dieses Nicken soll sagen: Ich gehe, wohin ich will, sehen Sie, die Taliban, das ist alles nur Gerede.

Es ist ein lautes, anschwellendes Gerede, dem sich der tapfere Gouverneur entgegenstemmt. Seit zwei Jahren mindestens macht der Feind wieder Boden gut in Afghanistan; im Süden, im Osten und im Westen regiert er ohnehin, aber nun hat er im Zentrum wieder Fuß gefasst, in Wardak, in Logar, in Paktia, in den Provinzen südlich und westlich von Kabul, nicht weit von der Hauptstadt entfernt.

Interne Berichte der Nato-geführten Isaf-Truppe, Rapporte der afghanischen Uno-Mission Unama malen dunkle Lagebilder, US-Generäle sagen über Wardak, sie sähen sich dort einer "signifikanten Herausforderung durch Aufständische" ausgesetzt, und ihr neuer Befehlshaber, der US-Präsident persönlich, Barack Obama, hat auf die Frage, ob dieser Krieg in diesen Wochen und Monaten gewonnen werde, gerade mit einem schlichten "Nein" geantwortet.

Wardak und die anderen Provinzen in Zentralafghanistan, die lange als vergleichsweise ruhig, vergleichsweise friedlich galten, werden als Aufmarschgebiet des Widerstands beschrieben, als neue Machtbasis alter Tyrannen, als Basislager für den Sturm auf Kabul. Und Highway One, die Schlagader des Nord-Süd-Verkehrs zwischen Kabul und Kandahar, ist durch die Umtriebe auf voller Länge zu einer der gefährlichsten Straßen der Welt geworden.

Es liegen verkohlte Wracks von Lastern und Tankwagen entlang der schmalen zweispurigen Autobahn, getroffen im Jahresverlauf 2008 von ferngezündeten Bomben. "Im vergangenen Monat haben wir 32 Sprengsätze gefunden", sagt Gouverneur Fidai, er hält das für eine gute Nachricht, zumal die Funde auf Hinweisen aus der Bevölkerung beruhten. "In drei Dörfern hier", sagt er, es gibt in seiner Provinz 2235 Dörfer, "in drei Dörfern hier sind die Leute aufgestanden gegen die Taliban und haben sie vertrieben. Das sind die Nachrichten, die die Welt nicht hört."

Die Welt ist taub geworden für gute Nachrichten aus Afghanistan, und sie ist der schlechten lange überdrüssig. Das Interesse an den Vorgängen im Land wird mit jedem Attentat geringer, weltweit wünschen sich Mehrheiten ein baldiges Ende der Operation, die Heimkehr der Truppen, und tatsächlich ist der Mangel an guten Nachrichten nach sieben Jahren großer Anstrengungen frustrierend.

Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge stuft die Situation in 26 der 34 afghanischen Provinzen als "unsicher" ein, und dafür sind nicht nur Terroristen verantwortlich. Die Welt macht es sich zu leicht damit, alle Verhinderer einer guten Entwicklung Afghanistans im Begriff "Taliban" zu verstauen, sie sind doch nur eine von vielen Parteien, die um politische und militärische Macht im Land kämpfen.

Die Radikalen der Hisb-i-Islami-Gruppe sind nicht weniger aktiv, das Hakkani-Terrornetzwerk und al-Qaida nicht weniger gefährlich. Es werden jetzt schon tschetschenische, jemenitische Gotteskrieger im Land aufgegriffen, umgeleitet womöglich aus dem Irak, und zu ihrem Terror gesellen sich alle Sorten von Kriminellen, lokale Warlords, Stammesführer und ihre Milizen, Bezirksgouverneure und ihre korrupten Polizeien, Drogenbarone und ihre Handlanger, die sich die Menschen ihres Beritts systematisch untertan machen. Morde und Morddrohungen, Folter, Entführungen, Vergewaltigungen sind die Mittel in diesem wirren Krieg, der längst keine klaren Fronten mehr kennt, in dem jeder gegen jeden zu kämpfen scheint, und sicher ist nur, dass immer häufiger "asymmetrische" Attacken ausgeführt werden, mit ferngezündeten Autobomben, vergrabenen Sprengminen oder durch Selbstmordattentäter, die ihre "weichen Ziele" jetzt in Schulen, Krankenhäusern, Moscheen, Kindergärten und auf Märkten finden. Die Zahl der "Zwischenfälle" durch IEDs, "improvised explosive devices", am Wegrand vergrabene Sprengsätze, stieg von 1931 im Jahr 2006 auf 2615 im Jahr 2007 auf 3295 im Jahr 2008, unter den Augen der Nato.

Statt Fortschritten muss sie immerfort Rückschritte vermelden, selbst auf Feldern, die mit der Entmachtung der Taliban-Diktatur im Herbst 2001 zum Guten bestellt schienen. Die Gewalt gegen Frauen bleibt eine Plage der afghanischen Gesellschaft, die Zeitungen sind voll mit schauerlichen, gleichwohl wahren Geschichten über Männer, die ihre Frauen verhungern lassen, über zwangsverheiratete Kinder, über Abtreibungen mit Messer und Schere, vollzogen an Mädchen, die von ihren Vergewaltigern geschwängert wurden.

Auf den vermeintlichen militärischen Sieg gegen die Taliban vor über sieben Jahren will kein Friede folgen. In den Hauptstädten der Welt muss jetzt die furchtbare Möglichkeit des Scheiterns erwogen werden, die Wahrscheinlichkeit einer Niederlage von Nato, Uno, EU, USA, die Aussicht auf eine Kapitulation von 41 Staaten, deren Koalition einst angetreten war, ein neues Afghanistan zu schaffen. In dieser Situation ist das Interview, das US-Präsident Obama der "New York Times" in der vorvergangenen Woche gab, ein dramatisches Zeitdokument.

Obamas Ankündigung, von nun an mit "gemäßigten" Taliban verhandeln zu wollen, sieht aus wie die Bewegung eines Kriegsherrn, der an den Sieg nicht mehr glaubt. Es sind Worte eines Anführers, der seine Stellung so geschwächt sieht, dass er dem Gegner Zugeständnisse machen muss. Und sie liefern den Beweis dafür, dass die Welt über die Situation in Afghanistan jahrelang in die Irre geführt wurde.

Was aus Obamas Vorschlag in der afghanischen Wirklichkeit werden kann, ist völlig offen, bislang haben sich die Taliban hochrangigen Kontakten immer verweigert. Aber für den Moment beendet Obamas Vorstoß den Reigen gegenseitiger Schuldzuweisungen, der sich zuvor monatelang abgespielt hatte. Die Führer der erfolglosen Schutzmacht Nato kritisierten die Schwäche und Korruption der erfolglosen afghanischen Führung, und die ihrerseits schob die Schuld an der Misere auf die verfehlten Strategien der Entwicklungshelfer und die Brutalität vor allem des US-Militärs.

Aber im Jahr acht des Afghanistan-Einsatzes, am Beginn dieses afghanischen Wahljahrs, das im Sommer vielleicht das Ende der Regierung von Präsident Hamid Karzai besiegeln wird, sind noch viele schlimme Fragen mehr zu stellen: Wofür kämpfen die über 60 000 Mann der internationalen Truppe, wenn Afghanistan trotz ihrer Präsenz im Transparency-Index der korruptesten Länder innerhalb von drei Jahren um 59 Plätze auf Rang 176 von 180 abrutscht? Wie ist es möglich, dass der Opium-Ausstoß Afghanistans in den Jahren der Nato-Präsenz nicht kleiner, sondern immer größer geworden ist, so dass jetzt 92 Prozent der weltweiten Opium-Produktion aus Afghanistan stammen?

Es sind die kalten Wochen am Beginn des Jahres; in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul, im Zentrum der Stadt, explodiert eine Bombe, bald wird ein Todeskommando das Regierungsviertel überfallen und in wilder, stundenlangender Schießerei 27 Menschen ums Leben bringen. Bald wird Pakistans Regierung vor den Taliban im Grenzgebiet zu Afghanistan kapitulieren und versprechen, sie nicht mehr zu verfolgen und die Einführung der Scharia in ihren Regionen zu tolerieren.

Tag für Tag fallen ausländische Soldaten, Tag für Tag werden einheimische Polizisten ermordet, Tag für Tag ist das Leben von Präsident Karzai in Gefahr, dessen Konvoi sich mittlerweile nur noch unter dem Feuerschutz zweier "Apache"-Kampfhubschrauber auf

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

die Straßen außerhalb der Kabuler Palastmauern wagt. Ist Afghanistan verloren? Ein gescheiterter Staat? Ein misslungenes Experiment einer der größten Staatenkoalitionen, die jemals am Werk waren? Ist es das Ende der Weltordnung, deren herausragende Mächte die USA, die Uno, die Nato waren? Und wie stark sind die Taliban wirklich?

Wer sich auf solche Fragen Antworten erhofft, muss viele Gespräche suchen. Der Weg führt zu amerikanischen Militärbefehlshabern und Uno-Sondergesandten, in ausländische Botschaften, afghanische Ministerien, an Restauranttische im Kabuler "Boccaccio", wo sich die Mächtigen, Einflussreichen und Halbseidenen abends gern zum Essen versammeln.

Große alte Männer der afghanischen Politik sind anzuhören, Gesandte des Aga Khan, Bürgermeister in der Provinz, Parlamentsabgeordnete und türkische Aufbauhelfer, Mikro-Banker und Telekom-Unternehmer, Wahlbeobachter, Bodyguards, Schuldirektoren und die Betreiberin des Schönheitssalons "Humaira Aria", wo sich reiche Kabuler Mädchen für ihre Hochzeit rüsten. Ihre Reden fügen sich zum Befund, dass Afghanistan am Abgrund steht, dass die Weltöffentlichkeit mit Durchhalteparolen abgespeist wird und dass dieses Jahr 2009 das Jahr der Entscheidung ist.

Zur letzten Schlacht rücken die ersten der neuen US-Einheiten ins Land ein, sie kommen zuerst nach Wardak, 2500, vielleicht 3500 Mann, Gebirgsjäger und eine Luftlandebrigade, die sich mit 120 Hubschraubern in ihr neues Einsatzgebiet verlegt. Sie ersetzen das Fähnlein der 250 US-Soldaten, die bis dahin mehr symbolisch als tatsächlich die Stellung halten mussten in der Bergwelt von Wardak, einer Provinz mehr als dreimal so groß wie das Saarland.

Gouverneur Fidai verspricht sich wiederholt, wenn er sagt, "in den vergangenen eineinhalb Jahren" sei doch in Wardak gar nicht mehr viel geschehen, keine Attacken, keine großen Angriffe. Er meint tatsächlich die vergangenen eineinhalb Monate, aber er sagt, wieder und wieder: eineinhalb Jahre. Der Irrtum muss einer Sehnsucht nach Fortschritt entspringen, dem Willen, vorzeigbare Ergebnisse zu präsentieren. Der Gouverneur ist überzeugt davon, dass die Welt keine Ahnung hat von Afghanistan. Er ist überzeugt davon, oder er will es unbedingt glauben, dass es um seine Heimat besser steht, als alle annehmen.

Fidai sitzt im Fond seines überheizten Geländewagens, über den Kopfstützen vorn hängen automatische Pistolen in Holstern, der Gouverneur verschickt Textnachrichten mit dem Telefon. Die Fahrt geht durch Maydan Shahr, seine kleine Provinzhauptstadt, 2200 Meter über dem Meer. Fidai übertreibt, wenn er sagt, dass hier 15 000 Menschen leben. Vielleicht sind es 5000, vielleicht ein paar mehr, auch nach Wardak kehren Flüchtlinge zurück, aus Iran, aus Pakistan, aber niemand hat verlässliche Zahlen. "Alles was Sie hier sehen", sagt Fidai und macht ungenaue Kopfbewegungen zum Autofenster hinaus, "war vor einem Jahr noch nicht da. Die Tankstelle da drüben ist neu, und da hinten, die Landwirtschaftsschule, ist neu. Gestern habe ich das neue Postamt eingeweiht und den Grundstein für eine Technische Schule gelegt."

Neben, zwischen den Neubauten ist die alte Wirtschaft Afghanistans am Werk. Händler haben verrostete Cargo-Container in Läden verwandelt, sie verkaufen aus den Schlünden der Frachtkisten die Basisprodukte des Lebens - Kohleöfen, Rohre, Mehl. Fidai sagt: "Alle reden immer nur von Sicherheit, von den Taliban, und natürlich fallen hier manchmal zwei, drei Schüsse, aber ist das so ein Drama?"

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Mohammed Hamil Fidai ist Afghanistans jüngster Gouverneur, 38 Jahre alt und erst seit Juli 2008 im Amt. Er ist ein charmanter Mensch, seine Blicke und Gesten wirken manchmal wie aus Hollywood-Filmen abgekupfert, er hat vier Kinder im Alter von 13, 11, 9 und 6 Jahren "und eine aufgeklärte Frau", sagt er. Wie so viele Afghanen flohen auch Fidais Eltern erst vor den Sowjets, dann vor den Taliban nach Pakistan, und ihr Sohn hatte das Glück, sagt er, dass sein Vater ihn nicht in den heiligen Krieg, sondern in die Schule geschickt habe.

Nach dem Sturz der Taliban-Diktatur arbeitete er als Journalist in Kabul, gründete eine Journalistengewerkschaft, leitete Talkshows im lokalen Fernsehen. Er war eine kleine Berühmtheit, als ihn Karzais Ruf ereilte, und nein zu sagen wäre unmöglich gewesen. Es war eine Frage der Ehre, eine Berufung zu einer historischen Aufgabe.

Jetzt, als Politiker, steckt Fidai in der Klemme. Wenn die Welt auf Wardak nur als ein gefährliches, unordentliches Kriegsgebiet schaut, dann bleibt die Welt weg, es geht keine Entwicklung voran, der Geldfluss reißt ab, und Wardak könnte noch gefährlicher und noch unordentlicher werden, das ungefähr ist seine Sicht der Dinge, und deshalb auch redet er alles gnadenlos schön.

Der Gouverneur glaubt nicht, dass es erst Sicherheit und dann Entwicklung geben könnte, er glaubt, umgekehrt, dass nur Entwicklung, wirtschaftlicher Erfolg den Frieden bringe. Aber dafür müssen Investoren kommen, Entwicklungshelfer. Und für sie braucht er gute Nachrichten. Er kann mitreden, wenn es um Krieg und Frieden geht. In den 38 Jahren seines Lebens befand sich Afghanistan fast 30 Jahre lang im Kriegszustand.

"Wissen Sie", sagt er, "wir haben ja eigentlich alles, wir haben die Menschen, die Felder, wir haben Mineralien, 28 Bergwerke, die brachliegen, die Äpfel aus Wardak sind im ganzen Land berühmt. Nur unsere Hände", er sucht nach dem passenden Wort, "sind verkrüppelt, wir können die Schätze nicht heben, wir haben von allem zu wenig."

Es schneit seit dem Morgen, im Lauf des Tages werden 30, 40 Zentimeter Neuschnee fallen, Fidai schaut hinaus und sagt: "Bei diesem Wetter beispielsweise, wenn ein Unfall passiert in einem der Dörfer da draußen - soll ich die Polizei hinschicken? Aber wie denn? Wir brauchten Hubschrauber, um in die Berge zu kommen. Aber wir haben natürlich keine."

Wardak ist, wie das ganze Land, ein rechtsfreier Raum aus Geldnot. Die Provinz verfügt über 456 Polizisten, eine verwegene Truppe in vielfarbigen Anoraks. Sie tragen Kalaschnikows, an den Füßen Stiefel oder Turnschuhe, viele von ihnen können weder lesen oder schreiben, sie alle verdienen kaum das Geld für den Reis.

Diese 456 Mann, ohne Ausrüstung, Fuhrpark, ohne Computer, Funkgeräte, sollen für Sicherheit und Strafverfolgung sorgen in einem Landstrich, der sich von Ost nach West 120 und von Nord nach Süd 100 Kilometer hinstreckt, darin über 2000 Dörfer, zahllose Berge, Höhlen und Schluchten, in denen sich ein unheimlicher Feind versteckt.

Niemand weiß, wie viele bewaffnete Kämpfer in Wardak operieren und wie sie sich organisieren. Vielleicht sind es nur ein paar hundert, wie Fidai behauptet, deren Macht vor allem in der Kommunikation und der PR-Arbeit liegt. "Wenn hier ein Laster in den Graben fährt, einfach weil der Fahrer nicht aufgepasst hat, weil ein Unfall passiert, behaupten die Taliban hinterher, sie hätten einen Uno-Konvoi überfallen", sagt Fidai. "Es ist ein Wahnsinn. Und so steht es dann in der Zeitung."

Nun rücken US-Soldaten in seine Provinz ein, und der Gouverneur sagt vorgestanzte Sätze dazu, wie: "Wir begrüßen unsere ausländischen Freunde", "Wir hoffen, sie werden beitragen zu unserer Sicherheit". Aber hinter solchen Sätzen flackert die Angst, dass die neuen Soldaten zuerst Unruhe bringen werden. Dass über die Dörfer, die befreit werden sollen, zuerst der heiße Krieg kommen wird.

Aber zeigt der US-Aufmarsch nicht, dass seine Provinz in Problemen steckt? Dass alle außer ihm selbst davon ausgehen, Wardak sei in die Hand der Feinde gefallen? "Ich habe nie gesagt", antwortet Fidai, "dass wir keine Probleme hätten. Ich sage nur, dass alles maßlos übertrieben wird. Und dass es für Fremde schwer ist, unser Land zu verstehen."

In seinem Amtssitz, einem ungeheizten Herrenhaus hinter Mauern und Stacheldraht in Maydan Shahr, wedelt der Gouverneur mit einem dicken Papierpacken, um dessen Inhalt gerade seine Tage kreisen. Vor dem Schreibtisch stehen mächtige kupferfarbene Polstermöbel im Rechteck, Glastische, deren Füße an geschliffene Likörflaschen erinnern. Ein Diener bringt einen Laptop wie eine Kostbarkeit, es ist einer der sieben Computer der gesamten Provinzverwaltung. An diesem Computer hat Fidai sein Grundlagenpapier über die Provinz Wardak verfasst.

Fidai hebt den Packen Papiere hoch, sie enthalten Straßen- und Staudammpläne, Bauprojekte für die Landwirtschaft, für die Polizei, für Krankenhäuser, er sitzt da in seinem Wintermantel, er sagt: "Das ist die Zukunft." Er ruft seinen Kabinettschef, um alle Zahlen wirklich richtig zu entziffern, dann haben sie es: "Für das Jahr 2009 brauchten wir 234 Millionen 662 tausend 344 Dollar."

Er sagt das genau so, exakt, aber offenkundig nicht, um schlau zu wirken, um eine Pointe zu setzen, er wiederholt vielmehr die Zahl, dreimal, viermal, so, als wollte er keinen Fehler machen, als wollte er zeigen, dass er nicht irgendwelche Zahlen ausbreitet, sondern dass alles genau gerechnet ist. Er sagt 234 Millionen 662 tausend 344 Dollar, weil es in Wardak wirklich um jeden Dollar geht, um jeden Cent.

Gäbe es ordentliche Straßen, würde sich die Fahrt aus dem Bezirk Markazi Bihsud in die Provinzhauptstadt von jetzt zwölf auf vier Stunden verkürzen. Es könnten Dörfer mit Marktplätzen verbunden werden, Häuser in der Einöde mit der Welt. Gäbe es neue Staudämme und eine Wasserversorgung, könnte die andauernde Dürre bekämpft werden, Aprikosenhaine und Kartoffelfelder wären zu bewässern, und die Bauern könnten viel mehr als die 130 000 Tonnen Äpfel ernten, die sie jedes Jahr in Wardak einfahren.

Mit den Millionen könnten 1000 Polizisten zusätzlich ausgebildet und bezahlt werden, jede Familie könnte zwei, drei Nutztiere bekommen und Saatgut für Krokusse, um eines Tages Safran zu verkaufen. Für 60 000 Kinder, die in Wardak in Scheunen oder im Freien unterrichtet werden, könnten Schulhäuser gebaut werden. Es ist ein Traum. Papier. Es ist Fidais Vision.

Die Wirklichkeit schreibt kleinere Zahlen. Das für Wardak zuständige türkische Wiederaufbauteam hat in den vergangenen drei Jahren für 51 Projekte 20 Millionen Dollar ausgegeben, und die amerikanische Hilfsorganisation USAID hat in den zurückliegenden sieben Jahren knapp 88 Millionen Dollar in Wardak investiert.

Dafür wurden ein paar Schulen gebaut, es wurden ein paar Kilometer Straße repariert, und 48 Ladenbesitzer wurden in Hygiene geschult.

Zehn Wassermühlen sind renoviert worden, Brunnen und Sportplätze, es wurde eine Bankfiliale eingerichtet, und es wurden Minen geräumt entlang des Highway One. Berater waren da, um Provinzoffizielle zu unterweisen, Stadträte zu trainieren, sieben Apotheker und sieben Richter fortzubilden; aber während all dies geschah, während die Helfer ihre vielen Erfolge nach Hause meldeten, brach die zivile Ordnung in Wardak zusammen, Stück für Stück, Dorf für Dorf. Der Gegner übernahm das Ruder, er strafte alles Gerede von Entwicklung Lügen, und er widerlegt das beharrliche Hoffen des tapferen Gouverneurs Fidai.

Er fährt durch seine Provinz, tagein, tagaus, auch in diesen Wochen, in denen für Afghanistan das Jahr der Entscheidung beginnt. Präsident Obama hat die Operation am Hindukusch gleich zu Beginn seiner Amtszeit zur Priorität erklärt, im Februar genehmigte er 17 000 Mann Verstärkung, bis Ende des Jahres könnten insgesamt 30 000 US-Soldaten zusätzlich nach Afghanistan abrücken. Die ausländischen Truppen stünden dann mit rund 90 000 Soldaten im Land, zwei Drittel davon Amerikaner.

Sie werden ihr angestammtes Einsatzgebiet im Osten ausweiten und dann auch im Süden operieren, in Kandahar, in Helmand, in Uruzgan, im Herzen der Finsternis, Seite an Seite mit Briten, Kanadiern, Niederländern. Aber sie kommen nicht, um diesen Krieg zu gewinnen. Sie kommen, um die Wahlen im Sommer zu sichern.

Die große, vom Westen angeführte Koalition braucht diese Wahlen, sie braucht sie fast dringender als Afghanistan selbst, denn wenn im Sommer ein neuer oder alter, jedenfalls regulär gewählter Präsident gefeiert werden kann, beruhigt das die Lage an der Heimatfront. Dieser Gedanke beherrscht längst das Handeln in der Betonfestung des Isaf-Hauptquartiers in Kabul, dem polyglotten Heerlager, wo zur Mittagszeit Neuseeländer, Deutsche, Italiener, Australier, Polen, Kroaten, Tschechen, Franzosen ums Essen anstehen.

Ihren Generälen geht es darum, irgendeinen Status quo herzustellen. Mit den Wahlen einen symbolischen Erfolg zu liefern, etwas, das nach Sieg aussieht. Es gehe darum "zu liefern", sagt Generalmajor Michael S. Tucker, er ist ein dünner grauer Mann mit einem kleinen Büro im Isaf-Hauptquartier, einem Steinhaus inmitten einer Stadt aus Militärbaracken.

Tucker ist der fürs Tagesgeschäft und die Operationen zuständige Isaf-Kommandeur, zweiter Mann hinter Oberbefehlshaber David McKiernan, auf seinem Schreibtisch zeigt ein digitaler Bilderrahmen alle fünf Sekunden ein neues Foto von der Hochzeit seiner Tochter. Tucker schläft nicht viel, er ist um die Augen blass, ständig muss er an Videokonferenzen mit dem Pentagon teilnehmen, die nachts um zwei Uhr beginnen. Trotzdem müht er sich, Optimismus und Tatkraft zu versprühen.

"Wir müssen dieses Land mit Kompetenz überfluten", sagt er, "die Leute hungern danach, sie sehnen sich nach guter Regierung, in jedem Dorf." Tucker zählt zum neuen Typ amerikanischer Offiziere, für die ziviler Aufbau und soziales Bewusstsein nicht Mädchenkram sind, sondern wesentlicher Teil moderner Kriegführung.

Seine Vokabeln sind die von Stadträten oder Uno-Arbeitsgruppen, seine tägliche Arbeit hat manchmal so viel mit Brunnen und Getreidespeichern zu tun wie mit

Truppenbewegungen und Luftschlägen. Aber der Gegner lässt in der Weite des Landes nicht viel ziviles Engagement zu.

"Unsere Lage ist", sagt Tucker, "dass wir überall hier den Feind, die Taliban, wenn auch immer, vertreiben können, das ist überhaupt kein Problem. Aber wir können die eroberten Gebiete nicht halten. Und das ist ein Problem."

Im Land hat das in den vergangenen Jahren regelmäßig dazu geführt, dass Schulen zwar gebaut, aber nach Abzug der Isaf sofort wieder geschlossen oder gleich niedergebrannt wurden. Es werden Stromgeneratoren unter dem Schutz von Soldaten installiert, aber sofort demoliert, wenn die Ausländer weiterziehen, und dasselbe galt und gilt für Krankenhäuser, Tierarztpraxen, Markthallen. Die internationale Truppe kam, sah und siegte immer wieder - aber es waren und sind immer nur Siege auf Zeit.

Seit gut sieben Jahren geht das so, für die Einheimischen sieht es aus wie sinnloses Gefuchtel, über dem manchmal furchtbar die Bomber dröhnen, die Ratlosigkeit der Besatzer zeigt Wirkung. Parolen der Nato-Gegner finden offene Ohren, Dorfbewohner, die in der Regel nicht lesen und schreiben können, lassen sich leicht die Frage einflüstern, was all die Besatzer im Land eigentlich zu suchen haben. Weil so wenige vom Aufbruch in eine neue Zeit profitieren, viele aber noch schlechter leben als je zuvor, verfallen sie nun in Massen auf den naheliegenden Gedanken, dass die Taliban-Herrschaft, die immerhin für Ruhe, Zucht und Ordnung sorgte, so schlecht am Ende nicht gewesen sei.

Man spürt bei Tucker die Frustration darüber, dass der Kampf um die Herzen und Hirne nicht gewonnen wird, man spürt sie, als er ein abfälliges Lachen nicht kontrollieren kann, wenn die Sprache auf die Uno kommt. Aber er ist der tatkräftige Typ, er sagt, dass jetzt alles anders werde, dass die Probleme erkannt und die Lösungen auf dem Weg seien.

"Operation Tolo" nennen die Militärs das Großprojekt, das nun in immerhin 60 von rund 400 afghanischen Bezirken für nachhaltige, konzertierte Anstrengungen sorgen soll. SCHB ist das Kürzel, das ungefähr für Planen, Erobern, Halten, Aufbauen steht, und es bedeutet, sagt Tucker, dass nun "Inseln" entstehen werden, in denen die Dinge wirklich und dauerhaft vorankommen. "Leicht wird es nicht", sagt der Generalmajor, er spricht überhaupt viel zu viel über Probleme. Und dabei erwähnt er noch nicht einmal die größten.

Im Osten, entlang den Nachschubrouten im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, werden ständig Brücken gesprengt und Wege verschüttet, es werden Konvois überfallen oder schon auf pakistanischem Boden vom Gegner vernichtet. Der strategisch entscheidende Khyber-Pass und eine südlichere Nachschubroute sind wegen andauernder Angriffe nur noch wenige Stunden am Tag überhaupt offen zu halten.

Tucker sagt trotzdem, ohne jeden Zweifel in Stimme und Gesten, dass alle Befürchtungen, der Gegner könnte die Lebenslinien der Isaf-Operation zerschneiden, nur lachhaft seien. Er greift in eine Tupperbox mit Süßigkeiten vor sich auf dem Tisch, darin 30, 40 Zuckerringe, 30, 40 Pralinen Marke "Hershey's Kisses", er nimmt eine davon in die Hand und macht wichtige Augen.

"Wenn ich diese eine Praline hier aus der Box nehme, was denken Sie: Haben wir beide dann noch genug Süßigkeiten hier?" Tucker macht eine theatralische Pause.

"Genauso relevant sind die Schläge des Feindes gegen unseren Nachschub", sagt er, "sie haben keine Chance. Wir werden diesen Kampf ohne jede Frage gewinnen."

Das Isaf-Hauptquartier liegt in direkter Nachbarschaft zu Karzais Amtssitz im Zentrum Kabuls, zu vielen Botschaften, die Gegend gleicht in diesen Wochen immer mehr der Green Zone von Bagdad zu schlimmsten Zeiten. Die leeren Straßen sind mit Checkpoints verstellt und von Betonwällen und Mauern aus Sandsäcken gesäumt, es ist eine ungute Aufrüstung in Gang. Wer es sich als Privatmann leisten kann, bekrönt die Mauern um sein Haus mit Girlanden aus Stacheldraht und stellt sich bewaffnete Wachtruppen vor die Tür.

Die Bilder gleichen sich, überall: Auch vor dem Haus von Burhanuddin Rabbani, in einer ohnehin für die Öffentlichkeit gesperrten Straße gelegen, schaut der Besucher zuerst in Gewehrläufe. Rabbani, der lange Zeit Afghanistans Präsident war, ist ein charismatischer Mensch wie ein geistliches Oberhaupt, mit gepflegtem Bart und Turban. Er war der Führer der Allianz, die sich im Norden auch gegen die Taliban halten konnte, und bis zu ihrem Sturz blieb seine Regierung die von den Vereinten Nationen offiziell anerkannte.

Im heutigen Afghanistan hat Rabbani keine amtliche, aber viel weiche Macht. Er ist eine der wenigen nationalen Figuren, im ganzen Land respektiert, er kann Politik machen, ohne zu regieren. Er lädt zur Privataudienz in sein Haus, und obwohl er das Englische beherrscht, lässt er sich alles übersetzen, der zuständige Sekretär spricht von ihm nur als "Seine Exzellenz". Er ist ein Mann präziser Antworten.

Rabbani war immer für Verhandlungen mit den Taliban, und damit war er keineswegs allein. Lange bevor sich die US-Regierung Gespräche mit der zum Todfeind gestempelten Truppe vorstellen konnte, diskutierten die Zirkel und Grüppchen schon darüber, wie die Radikalen ins Spiel um Macht und Einfluss einzubinden wären.

Aus afghanischer Sicht waren sie nie einfach der innere Feind, nie nur ein übler Terroristenhaufen, wie im Westen stets zu hören war. Aus afghanischer Sicht gehörten die Taliban und ihre Weltsicht immer ins Spektrum akzeptabler Meinungsfreiheit. Sie mögen die radikalsten der Radikalen sein, lupenreine Islamisten, aber Afghanistan ist per Verfassung eine Islamische Republik, und Rabbani sagt: "Wir dürfen sie nicht weiter ausschließen. Das Kämpfen muss aufhören."

Im Gespräch steigert er langsam die Brutalität seiner Attacken gegen einen ganz anderen Gegner, gegen Karzais Regierung, redet über deren Fehlentscheidungen von Beginn an, über ihre Irrtümer in Sachen Antidrogenpolitik und Korruption. Rabbani sagt: "Die Regierung hat keine Strategie, sie ist ohne Programm. Der Präsident hat alle Macht, aber er agiert nicht, wir haben auf keinem einzigen Feld nennenswerte Fortschritte erzielt."

Es sind die kalten Wochen am Beginn des Jahres, die Provinz Wardak liegt unter Schnee, und ihre kleine Hauptstadt Maydan Shahr bekommt viel Besuch. Minister und andere Regierungsleute kommen häufig vorbei, der Ort liegt günstig zu Kabul, bei gutem Wetter ist die Fahrt in 40, 45 Minuten über Highway One zu schaffen.

Diesmal ist der Bildungsminister da, er heißt wie die Provinz, aus der er selbst stammt, Ghulam Wardak, ein breiter, sprudelnder Mann, der größte Saal der Stadt ist

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

reserviert, ein flacher Zweckbau 500 Meter vom Gouverneurspalast entfernt. Am Morgen rollen die Konvois an, und die Gegend füllt sich mit Gewehren.

Im Saal versammeln sich Abgeordnete aus allen Bezirken Wardaks, sie haben teils zwölfstündige Anreisen hinter sich, über Bergpässe, eisige Pisten. Trotz Schneefalls kommen sie alle pünktlich, Dorfälteste, Abgeordnete, Imane, Lehrer. 500 Männer und 8 Frauen sitzen am Ende da, für westliche Augen ist es eine Szene wie aus einem exotischen Roman, ein schöner Tanz der vielen afghanischen Kopfbedeckungen, prachtvolle Turbane sind zu sehen und das weiche afghanische Barett mit dem Wulst, Pakul genannt, darunter uralte Gesichter von Bergmenschen, imposante Bärte, fremde Gesichter, die nie zeigen, was in den Köpfen vorgeht.

Das Thema ist ernst. Minister Wardak redet darüber, dass es so wie bisher nicht weitergehen könne. Er redet darüber, dass die Taliban versuchten, ins neue Bildungssystem einzudringen, dass sie Lehrer einschüchterten, dass sie ihre eigenen Leute an Schulen plazierten. "Ich würde gern die Politik aus der Bildung herausnehmen", ruft Wardak, er ist ein guter Redner, er hat die ganze Konzentration des Publikums, "die Schulen Afghanistans sind nicht dazu da, Afghanistan schlechtmachen."

Vor der Tür draußen lungert das Heer der Sicherheitsleute, Soldaten, Polizisten, türkische Sondereinheiten, auch Ahmed I. steht vor der Tür, um zu rauchen, er ist ein Bürgermeister, und um ihn zu schützen, ist es besser, seinen Namen zu verschleiern.

Er hat eine Stellung in einer amerikanischen Sicherheitsfirma aufgegeben, 3000 Dollar im Monat, weil er das Gefühl hatte, für sein Land aktiv werden zu müssen, aus Pflichtgefühl. Aber als er den Posten antrat, gratulierten ihm Freunde schon hämisch dazu, dass er sich jetzt endlich zu den ganz großen Fleischtöpfen vorgearbeitet habe. Und als er die Arbeit begann, wusste er bald, wovon sie redeten. Wenn I. den Verkauf eines Grundstücks registriert oder wenn er eine Baugenehmigung vergibt, bekommt er wie automatisch Erpresserbriefe von Leuten, die ihn selbstverständlich für korrupt halten und sich die Beute teilen wollen. "Es ist", sagt der Bürgermeister, "ein unfassbarer Kreislauf von Schmiergeld im Gang, in allen Branchen, auf allen Ebenen."

Tatsächlich gab es schon glaubhafte Berichte, dass man sich in Afghanistan für 20 000 Dollar zum Polizeichef eines Bezirks hochschmieren kann, dass Sitze im Nationalparlament käuflich seien, Gouverneursposten, Richterstellen, und der SPIEGEL brachte in Erfahrung, dass im Kabuler Parlament auch Mehrheiten käuflich sind, die bei wichtigen Abstimmungen rund eine Million Dollar kosten.

In Wardak geht es um kleinere Beträge, um das Verteilen der spärlichen Entwicklungshilfe. Bürgermeister I. sagt, dass er selbst sich nicht bediene, vielleicht stimmt das, glaubhaft wirkt er durch sein offenes Reden, und er warnt davor, die Sache mit den Taliban immer nur als eine Frage von Krieg oder Frieden zu verstehen. "Die Taliban sind überall", sagt er, "sie kämpfen nicht nur. Sie sitzen in meiner Verwaltung, sie tragen Verantwortung in Dörfern, sie sind mitten unter uns."

Nicht viel anderes redet Minister Wardak drinnen im Saal, und er ist schon einen Schritt weiter. "Ich will wissen, was die Mullahs wollen, was die Taliban wollen", ruft er in den Saal, "und ich bin zu vielem bereit. Von mir aus können sie selbst als Lehrer an die Schulen kommen, wenn sie die Lehrpläne respektieren. Und meinetwegen kann

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

die Schule auch in der Moschee stattfinden. Aber warum brennen sie die Schulhäuser nieder? Was haben sie davon? Was haben wir alle davon?" Am Ende seiner Rede erhält Wardak als Einziger während des ganzen Vormittags Applaus. Die Kappen, die Barette wogen. Der Minister hat gut gesprochen.

Und er hört auch beim Essen noch nicht damit auf. Im Gouverneurspalast gibt es Schüsseln mit Salat, mit Lammhaxen und Huhn, es gibt Pepsi-Cola und Mirinda. Wardak sitzt neben Gouverneur Fidai, beide im Mantel, am Kopf einer Tafel, um die sich 50, 60 Ehrengäste versammeln.

Der Minister kennt seine Zahlen, er spult sie ab wie ein Automat, er sagt: "Im Jahr 2001 hatten wir weniger als eine Million Kinder in den Schulen, jetzt sind es 6,35 Millionen. Im Jahr 2001 hatten wir 3400 Schulen, jetzt sind es 11 600. Im Jahr 2001 hatten wir 20 000 Lehrer, jetzt sind es 167 000. Sie wollen über Fortschritte reden?", sagt Wardak und fischt nach einem Stück Lammhaxe, "bitte sehr, sind das keine Fortschritte?"

Fortschritte, auch Adrian Edwards kann sie herbeten, er ist Sprecher des Uno-Sondergesandten Kai Eide, bei einem Vorgespräch zum Interview mit seinem Chef gibt er trotzdem zu, dass es "nicht viel Frieden im Land" gebe. Forderungen nach einer neuen Debatte über das Wie und Wohin für Afghanistan seien aber unsinnig, sagt Edwards. "Die Strategien sind alle da", sagt er, "die Prozesse alle hundertmal diskutiert, wir brauchen keine Debatten mehr, wir brauchen Aktionen."

Edwards ist ein blasser, ruhiger Medienprofi, der zuverlässig jede E-Mail beantwortet, Kritik an der Uno-Mission kontert er so: "Unser größter Fehler war die Annahme, dass wir hier mit wenig Mitteln viel erreichen können", sagt er. "Die Uno-Mitglieder wollten es so. Und so haben wir uns von Anfang an nicht zu viel, sondern viel zu wenig engagiert."

Für die Operation Osttimor, sagt Edwards, hatte die Uno einen Etat achtmal größer als in Afghanistan. "In Darfur", sagt er, "arbeiten in der Pressestelle 112 Leute. Hier bei mir sind es 3." Einer von ihnen klopft an die Tür und tritt ein. Er sagt: "Alles abspeichern, Adrian. In einer Dreiviertelstunde gibt es keinen Strom mehr."

Immer wenn die Nacht fällt in Kabul, beginnt in den Restaurants das Ballett der Internationalen und der Mächtigen, sie fahren in dicken Geländewagen vor, rangieren um das "Bella Italia", die "Gandamak Lodge" und das "Boccaccio", wo russische Kellnerinnen schwere T-Bone-Steaks aus Nebraska zu noch schwererem Rotwein aus Sizilien servieren.

Man kennt sich hier, und wer sich nicht kennt, wird bald eingeführt in die Cliques, die in der Hauptstadt Fäden ziehen und Gerüchte verwalten. Ministermitarbeiter kungeln mit Uno-Leuten, Geheimdienstler führen Botschafter aus, afghanische Parlamentarier, die im Land als die frommsten Muslime bekannt sind, trinken Grappa und ordern Zigarren. Wer das Glück hat, am Tisch neben Aly Mawji zu sitzen, dem Afghanistan-Chef der Aga-Khan-Stiftung für Entwicklung, erfährt zum Dessert viel über die Lage im Land.

Mawji ist ein Ismailit aus England mit vorzüglichen Manieren und ebensolchen Anzügen, er ist der Herr über 3500 Beschäftigte und steht der größten Entwicklungsagentur vor, die in Afghanistan arbeitet. 750 Millionen Dollar hat die Aga-

Khan-Stiftung seit 2001 im Land investiert, so viel wie sonst niemand, es wurde die erfolgreiche Telekom-Gesellschaft Roshan aus dem Boden gestampft, es wird eine Bank für Mikrokredite betrieben, der Aga Khan saniert ganze Innenstädte, und Kabul baute er das Fünfsternehotel "Serena". Aber auch sein Vertreter vor Ort, Aly Mawji, ist beunruhigt. Er hält die Taliban für die erfolgreichste Graswurzelorganisation im Land, eine Truppe, die überall, mit und ohne Zwang, Kontakt zu den Leuten hat und die Macht über den Alltag in Händen hält, die Regierung sei dagegen ein Nichts, eingeeigelt in ihrer Hauptstadt, für die Leute in der Fläche unsichtbar und deshalb so gut wie handlungsunfähig.

Es sind die kalten Wochen am Beginn des Jahres, in Afghanistan beginnt das Jahr der Entscheidung, <<die letzte Schlacht vielleicht. "Haben Sie schon die Nachrichten gehört?", fragt Gouverneur Fidai, er ist wieder unterwegs in seine Provinz, im gepanzerten Geländewagen. Am Morgen haben US-Soldaten in Wardak einen Selbstmordattentäter aus dem Verkehr gezogen. "Ein Einzelfall", sagt Fidai. Er telefoniert.

Über Wardak, Maydan Shahr, liegt noch das Morgengrauen, Highway One führt durch den Ort, um diese Stunde fahren turmhoch bepackte Reisebusse mit alten deutschen Schriftzügen auf den Flanken Richtung Kabul. Für kurze Zeit gab es einmal eine Highway-Polizei hier, eine Sondertruppe nur für die Autobahn, aber sie wurde wieder aufgelöst, nachdem die Polizisten angefangen hatten, durchreisende Fahrer an den Checkpoints abzukassieren.

Auf Fidai wartet nur Tagesarbeit. In seinem Büro ist es so kalt, dass der Atem vor dem Mund steht, der Kabinettschef bringt Unterschriftenmappen, er hat seine Augen mit Kajalstift schwarz gerändert. Fidai schreibt seinen Namen 20-, 30-mal unter Papiere, er erhöht Straßenarbeitern den Lohn, sie bekommen jetzt pro Monat 50 Afghani mehr, einen Dollar, das ist ordentliches Geld in Wardak.

Als der Tee kommt, es gibt immer Tee in Afghanistan, grün und dampfend, sagt Fidai, was er die ganze Zeit schon gesagt hat, er hängt sehr an diesem Satz: "In drei Dörfern hier sind die Leute aufgestanden gegen die Taliban und haben sie vertrieben." Aber es gibt in seiner Provinz 2235 Dörfer. Und es gibt in Afghanistan 34 Provinzen.